

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Mehr als 3,7 Millionen Menschen sind am Sonntag in Frankreich auf die Straße gegangen, um ihr Mitgefühl mit den Opfern der Terroranschläge in Paris auszudrücken. Und um deutlich zu machen, dass sie sich ihre Art zu leben auch durch derart brutale Überfälle mitten im friedlichen Alltag nicht nehmen lassen. Dass Werte wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ihnen wichtig sind, dass sie Intoleranz und Hass ablehnen.



Die Menschen in Paris sind nicht allein in diesen schweren Tagen. Wir teilen ihr Leid. Weltweit haben Menschen ihre Solidarität und Verbundenheit bekundet. Etwa 50 Staats- und Regierungschefs haben persönlich an der beeindruckenden Trauerveranstaltung in Paris teilgenommen. Angela Merkel an der Spitze und viele andere Teilnehmer aus Deutschland haben klargemacht, dass wir unseren französischen Nachbarn in diesen Stunden noch verbundener sind als sonst.

In den Gesichtern der Teilnehmer konnte man ablesen, welche Wunden der Anschlag gerissen, aber auch, welche Entschlossenheit er hervorgerufen hat. Auch wir sind entschlossen, uns von der Angst nicht beherrschen zu lassen. Wir werden Mord und Intoleranz nicht weichen. Wir werden die Werte der Freiheit gegen Fanatismus und Terror verteidigen.

Ohne Meinungsfreiheit und ohne die Freiheit der Presse ist Demokratie nicht denkbar. Auch dann, wenn uns nicht jedes Ergebnis, jedes Produkt dieser Nutzung der Freiheitsrechte gefallen mag. Ja, man kann streiten über die Karikaturen in der Zeitschrift „Charlie Hebdo“. Man kann sie mögen oder auch nicht. Aber es muss sie geben dürfen. Meinungs- und Pressefreiheit sind wesentliche Grundlage für unser freiheitliches und demokratisches Europa. Gerade in einem Europa, das vielfältiger wird, müssen die Freiheitsrechte gewahrt sein und durch den Staat geschützt – aber auch durch uns alle geachtet – werden. Daher sagen wir: Der feige Angriff auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ war ein Anschlag auf unsere Werte und das Wesen unseres Zusammenlebens in Europa.

Es geht aber auch um universelle Werte. So wäre gut, wenn man überall in der Welt Karikaturen veröffentlichen könnte, ohne dafür mit Stockhieben und Gefängnis bestraft zu werden. Deswegen ist es auch gut, dass die Welt sich nach der Entführung von 200 Mädchen durch die Terrorgruppe Boko Haram in Nigeria hinter der Forderung *Bring back our girls!* vereint hat. Deswegen dürfen wir nicht wegsehen, wenn in Nigeria zehnjährige Mädchen mit Sprengstoffgürteln auf belebte Wochenmärkte geschickt werden, wenn ganze Ortschaften ausradiert und Menschen erschlagen und vertrieben werden.

Es ist gut, dass Christen, Juden und Muslime, Inländer und Ausländer, Politik und Zivilgesellschaft überall in Europa die Terroristen gemeinsam als das benennen, was sie sind: Gemeine, feige und heimtückische Verbrecher, deren Tat für niemanden ein Gewinn ist. Und deren Verbrechen keine Rechtfertigung finden können. In keiner Ideologie und in keiner Religion dieser Welt. Es ist gut, dass wir all diese Fragen in einer Debatte am Donnerstag im Plenum des Deutschen Bundestages diskutiert haben.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr
Helmut Brandt MdB

**Mitglied des Deutschen Bundestages
für die StädteRegion Aachen**

Bürgersprechstunde am 22. Januar in Baesweiler

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Donnerstag, 22. Januar 2015 von 18:00 bis 19:00 Uhr im Rathaus der Stadt Baesweiler (CDU-Fraktionszimmer) statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich mit ihren Fragen und Anregungen an mich zu wenden. Besucher der Sprechstunde sollten sich möglichst vorab im Wahlkreisbüro unter 02404/557830 anmelden.

Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte in der Region Kurdistan-Irak

Wir haben in dieser Woche in erster Lesung den Antrag der Bundesregierung beraten, die Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte durch eine Ausbildungsmission zu unterstützen. Der Einsatz erfolgt im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit gemäß Art. 24 Abs. 2 Grundgesetz und soll zu einer effektiven Bekämpfung der Terrororganisation IS beitragen. Grundlage ist ein Aufruf durch die Weltgemeinschaft, den von IS ausgehenden Terror als Gefahr für die internationale Sicherheit zu begreifen – wie in der Resolution 2170 des Sicherheitsrates der VN benannt.



Der Einsatz von bis zu 100 Soldaten der Bundeswehr, die in Rotation mit weiteren internationalen Partnern tätig werden, ist zunächst bis zum 31.1.2016 befristet. Begleitend kann eine weitere bedarfsorientierte Ausrüstungshilfe an die auszubildenden Streitkräfte erfolgen.

Bild: ©Bundeswehr/Wilke

Demographischer Wandel verstärkt Fachkräftemangel

Im September 2014 gab es laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln in 139 von 615 Berufsgattungen Fachkräftengpässe. Davon spricht man, wenn aus dem Kreis der Arbeitslosen nicht alle offenen Stellen in diesem Bereich zu besetzen sind. Insgesamt 6,7 von 23,9 Millionen Fachkräften arbeiteten in Engpassberufen. Die meisten Engpassberufe gibt es in den Bereichen „Gesundheit, Soziales und Bildung“ sowie „Bau- und Gebäudetechnik“. Der absehbare Renteneintritt der sogenannten Babyboomer-Generation wird mittelfristig zu einem erhöhten Ersatzbedarf an Fachkräften führen. Von den 6,7 Millionen Engpass-Fachkräften werden 2,1 Millionen innerhalb der nächsten 15 Jahre den Arbeitsmarkt verlassen. Kleinere und mittlere Unternehmen sind von Engpässen deutlich häufiger betroffen als große Unternehmen.

Christenverfolgung nimmt zu

Laut dem jüngst vom christlichen Hilfswerk Open Doors veröffentlichten [Weltverfolgungsindex \(WVI\)](#) werden heute weltweit rund 100 Millionen Christen um ihres Glaubens willen verfolgt. Das 13. Mal in Folge steht Nordkorea auf dem unrühmlichen Platz 1 des WVI, gefolgt von Somalia, dem Irak, Syrien, Afghanistan, Sudan, dem Iran, Pakistan, Eritrea und Nigeria. In 18 der 20 am höchsten eingestuften Länder gilt „Islamischer Extremismus“ als eine Haupttriebkraft der Verfolgung. Die stärkste Zunahme der Christenverfolgung vollzieht sich in Afrika, besonders in den Ländern südlich der Sahara. Neben dem gewalttätigen Vorgehen islamistischer Gruppierungen trägt dazu wesentlich die schleichende Islamisierung einiger Staaten bei. Ein Beispiel hierfür ist Kenia, das auf dem Index den stärksten Sprung nach oben macht - von Platz 43 auf Platz 19. Gleichzeitig verdeutlicht der WVI, dass auch die Schwere der Verfolgung weltweit zugenommen hat.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 01/15 16. Januar 2015

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)